

K-5-2794 Vielfalt leben – in Freiheit und Gleichheit

Antragsteller*in: LAG Säkulare Grüne Berlin

Beschlussdatum: 24.02.2021

Änderungsantrag zu K-5

Von Zeile 71 bis 74:

entsteht Vertrauen. Gewalt und Extremismus egal welcher Couleur haben keinen Platz in der offenen Gesellschaft. Gegen ~~islamistischen Terror~~Islamismus, Rechtsextremismus oder ~~linksradikale Gewalt~~Linksextremismus braucht es ein entschlossenes staatliches Handeln und eine klare gesellschaftspolitische Haltung des Miteinanders aller Menschen, die sich auf dem Boden des

Begründung

Es sollte auf eine Kongruenz der Begriffe geachtet werden. Es ist schwer nachvollziehbar, warum in einem Fall der Extremismus als weiter gefasster Begriff verwendet wird, in beiden anderen Fällen allerdings nur auf die schlimmste Konsequenz des Extremismus, die Gewalt resp. Terror, abgestellt wird.

Das wichtigste Kennzeichen islamistischer Ideologie ist die Behauptung, dass Religion eine alle gesellschaftlichen Bereiche übergreifende Sphäre ist; das Religion und Politik eine unteilbare Einheit bilde. Der legalistische, nicht auf die Ausübung von Gewalt orientierte Islamismus unterscheidet sich vom gewaltorientierten bzw. terroristischen Islamismus in Hinsicht auf die Methode zur Durchsetzung der Ziele, deren ideologische Basis dieselbe ist. Der legalistische Islamismus hat viele Facetten und Ausdrucksformen, als gemeinsames Gedankengut kann jedoch die Auffassung gelten, dass die eigene Religion nicht allein als Glaube und Ethik betrachtet wird, sondern als vollkommene Lebensform, die als umfassendes Gesellschaftssystem alle Lebensbereiche durchdringen müsse. In einem legalen Rahmen werden diese langfristigen ideologischen Ziele verfolgt, etwa eine Veränderung der „bestehenden Verhältnisse und Gesetze so, dass sie dem islamistischen Verständnis von Scharia entsprechen“; d. h. die Einführung der Scharia als ein politisches und gesellschaftliches Ordnungsprinzip. Der legalistische Islamismus rekrutiert im legalen Rahmen Anhänger*innen zur Verbreitung seiner Positionen und bekämpft alternative (vor allem liberale) Islamvorstellungen*, deren Vertreter*innen als „Kuffār“ (Ungläubige) verunglimpft und aus der Umma (Gemeinschaft der Gläubigen) ausgeschlossen werden. Die islamistische Ideologie unterteilt die Menschheit in Muslime, Christen, Jüden und Ungläubige und hierarchisiert die Unterscheidungen und ist damit zutiefst diskriminierend und menschenrechtsfeindlich.

Es braucht ein klares Bekenntnis dazu, dass Extremismus in jedweder Form bekämpft werden muss, da er im Widerspruch zu unserer pluralen Lebensweise steht und den Nährboden für menschenverachtende Gewalt und Terror bildet.

* Die Zitate stammen aus einer Studie zum „Politischen Islam“, die von Prof. Dr. Mouhanad Khorchide (Leiter des Zentrums für islamische Theologie in Münster) mit anderen erstellt hat.

Dort auch zur Definition von „Islamismus“ bzw. „Politischem Islam“:

<https://www.dokumentationsstelle.at/wp-content/uploads/2020/12/Der-Politische-Islam-als-Gegenstand-wissenschaftlicher-Auseinandersetzungen-und-am-Beispiel-der-Muslimbruderschaft.pdf>